

[„In der Coronazeit wurden Rechte jedes Einzelnen immer abgewogen gegen das Allgemeinwohl“](#) sagte Caren Miosga am Sonntagabend in ihrer Sendung. Mit dieser Aussage wird einmal mehr deutlich, was seit langem bekannt ist: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist am Ende. Er ist soweit am Bodensatz der ideologischen Verblendung, politischen Gefolgschaft und Realitätsentfremdung angekommen, dass er untragbar geworden ist. Ob beim Thema Corona, Russland, Ukraine, Kriegstüchtigkeit: Großen politischen und gesellschaftlichen Themen ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht im Ansatz gewachsen. Ein Kommentar von **Marcus Klöckner**.

„Wann genau soll Friedrich Merz gesagt haben, dass er unsere Kinder in die Ukraine schickt?“, fragt Caren Miosga in einem rund 34-minütigen [Gespräch](#) (25:30) am Sonntag im Rahmen ihrer Sendung den Bundessprecher der AfD, Tino Chrupalla. Es ist eine Frage, die in ihrer gespielten Ahnungslosigkeit beispielhaft für das ist, was Miosga an diesem Abend ab liefert - und wofür weite Teile des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit langem stehen. Da stellt Miosga eine Frage zu einer angeblichen Aussage von Merz, von der die Interviewerin wissen muss, dass der Kanzler sie nicht - oder sollen wir sagen: noch nicht? - gesagt hat. Der Grund für die Frage Miosgas: Chrupalla sagte im Bundestag im Hinblick auf die deutsche Aufrüstungspolitik in Richtung Merz: „Wir vertrauen Ihnen unsere Kinder nicht an.“

Von einer Journalistin, die dem politischen Journalismus gewachsen ist, wäre an dieser Stelle zu erwarten gewesen, dass sie verstandesgemäß die Verknüpfung zwischen dem politischen Großprojekt Kriegstüchtigkeit und der Aussage Chrupallas herstellt.

Anders gesagt: Wenn ein Land die Zielvorgabe „Kriegstüchtigkeit“ ausgibt, dann sollte jedem klar sein - und Journalisten ohnehin -, dass am langen Ende Politiker nun mal die Kinder des Landes in einen Krieg schicken könnten. Auf dieser Annahme, die alles andere als realitätsfern ist, beruht Chrupallas Positionierung.

Was dann zu beobachten ist, ist ein Interview mit „Brett vorm Kopf“.

Chrupalla hat zu keinem Zeitpunkt behauptet, dass Merz gesagt habe, er wolle „unsere Kinder“ an die Front schicken. Chrupallas Aussage schlussfolgert lediglich nachvollziehbar, dass aufgrund der politischen Gesamtentwicklung am Ende deutsche Soldaten an irgendeiner Stelle gegen Russland in einen Kampf verwickelt werden könnten. Das ist legitim. Eine Frage zu stellen, die sinnerfassend auf die Aussage Chrupallas aufbaut, wäre die Aufgabe von Miosga gewesen. Stattdessen erfolgt: Destruktive Fragestellung!

Eine journalistisch offene, nicht ideologisch verseuchte Frage wäre zum Beispiel gewesen:

„Was sind Ihre Gründe, dass Sie davon ausgehen, unsere Kinder könnten in die Ukraine geschickt werden?“

So könnte ein konstruktives Interview entstehen, aus dem hervorgeht, was ein milliardenschwerer Rundfunk zwingend hervorbringen hat, nämlich: Inhalt! Doch stattdessen steht im Vordergrund: die Entkoppelung von der Realität.

Doch das ist kein Zufall. Das ist nicht Inkompetenz. Das ist die Strategie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Es ist nur logisch, dass Chrupalla im Anschluss an die Frage erst einmal geraderücken, sich erklären muss – so wie es ständig im öffentlich-rechtlichen Rundfunk der Fall ist, wenn Politiker von der AfD oder dem BSW interviewt werden. Sie müssen sich immer wieder für Aussagen rechtfertigen, die sie niemals so, wie es die Fragesteller anführen, getätigt haben.

Chrupalla geht schnell in die Offensive, fokussiert exemplarisch auf die Coronazeit, spricht an, wie die Bundesregierung damals mit dem Grundgesetz umgegangen ist, und bekräftigt seine Aussage, dass er, unabhängig davon, was Merz gesagt oder nicht gesagt hat, der Regierung nicht traue.

Miosga sagt daraufhin:

„In der Coronazeit wurden Rechte jedes Einzelnen immer abgewogen gegen das Allgemeinwohl.“

Und mit dieser Aussage wird einmal mehr deutlich, was Kritiker seit langem ansprechen: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist am Ende. Er ist soweit am Bodensatz der ideologischen Verblendung, politischen Gefolgschaft und Realitätsentfremdung angekommen, dass er untragbar geworden ist. Ob beim Thema Corona, Russland, Ukraine, Kriegstüchtigkeit: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist den großen politischen und gesellschaftlichen Themen nicht im Ansatz gewachsen.

Zur Erinnerung: In der Coronazeit mussten Alte und Kranke einsam, alleine, ohne ihre Nächsten in Heimen und Krankenhäusern sterben. Kinder konnten keinen Abschied von ihren Eltern nehmen, Eltern keinen Abschied von ihren Kindern. Das war: unmenschlich! Ob hier Gerichte „abgewägt“ haben oder nicht, ist nicht Gegenstand der Diskussion. Die Kritik an der Coronapolitik fokussiert auf schwere und schwerste Grundrechtsverletzungen. Die Kritik richtet sich an Maßnahmen aus, die die Würde des Einzelnen verletzt haben. Die

Kritik sieht einen Maßnahmenexzess, der zu schweren Schäden geführt hat.

Miosga wirft hier eine Aussage in den Raum, die dem Stand der Diskussion nicht im Ansatz gerecht wird. Und so wird genau das deutlich, was auch zuvor schon anhand der Wirklichkeitsverzerrenden Frage deutlich geworden ist: Das „Brett vorm Kopf“ ist immer dann zu sehen, wenn es darum geht, den kritischen journalistischen Blick zu veranschlagen. So wie Miosga hier antwortet, könnte auch der Sprecher des Kanzleramts oder ein für die Coronamaßnahmen verantwortlicher Politiker antworten.

Die Antwort ist politisch gefällig und ignoriert jede Kritik.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk mag, wenn es um Banalitäten geht, noch sauberer Journalismus abliefern, aber je mehr es in den Bereich von relevanten gesellschaftlichen und politischen Themen geht, ist er weitestgehend journalistisch entkernt. Dieser Rundfunk ist für die Demokratie untragbar geworden.

Titelbild: Screenshot „Miosga“ 